



Sächsische Volkszeitung

Für christliche Politik und Kultur

Freitag, den 15. Juni 1928

Verlagsort: Dresden

Anzeigenpreise: Die 1seitige Zeitung 20 M., Familienanzeige u. Werbeblatt 40 M. Die 2seitige Zeitung 30 M. Der Anzeigentypen außerhalb des Verbreitungsbereiches 40 M., die Werbeblätter 1.300 M. Auflagegeb. 20 M. Ein Blatt höherer Gesell. entfällt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung d. Anzeigen-Kaufvertrag u. Zeitung v. Schadensfall.

Geschäftsführer: Dr. K. Klemm, Dresden.

Verlagsstelle, Druck u. Verlag: Germania, H.-G.
für Verlag und Druckerei, Mittelstr. Dresden, Dresden-H.-L.
Vollstraße 12, Reichenau 1012. Postleitzettel: Dresden
1000. Postamt: Stadtamt Dresden Nr. 61710

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung
Dresden-Mitte 1, Vollstraße 17, Reichenau 1012
und 1014.

Sachsen und Thüringen

Zur mitteldeutschen Frage.

Eine Verlobung, von der weder der Vater noch die Geschwister rechtzeitig Kenntnis haben, rast leicht Mißtrauen und Misgut hervor. Diese alte Erfahrung wird durch die jüngste politische "Verlobung" zwischen Sachsen und Thüringen erneut bestätigt, die Ministerpräsident Heldt am 7. Juni im Sächsischen Landtag bekannt gemacht hat. Vater "Reich" war über diese deutsche Familiengeschichte ebenso wenig unterrichtet, wie die größeren oder kleineren Vändergeschwister. Für Preußen kam die Sache doppelt überraschend, weil es selbst auf das Nachbarland Thüringen schon gelegentlich ein Auge geworfen hatte. Die Entwicklung in Mitteldeutschland, die sich heute abhant, verdient Beachtung. Gleichwohl sprechen wir mit Bedacht vorerst nur von einer Verlobung, die mit dem Plane von Verwaltungsgemeinschaften zwischen Sachsen und Thüringen angekündigt worden ist. Es ist sicherlich noch zu früh, schon den Tag der Hochzeit, der Vereinigung von Sachsen und Thüringen in Sicherer Zukunft zu sehen, obwohl es unverkennbar ist, daß die Entwicklungstendenzen sehr entschieden in dieser Richtung laufen.

Der Gedanke einer Annäherung zwischen Sachsen und Thüringen ist nicht mehr neu. Den Zehlgriß, den die Einteilung des Jahres 1489 zwischen Ernestinern und Albertinern für die nordem ein einheitliches Kulturdienst und Verwaltungsgebiet bildenden Wittiner Lande bedeutete, hat man in einer Zeit, die stärkste wirtschaftliche Konzentration auf ihre Fahne geschrieben hat, längst erkannt. Das Problem Sachsen-Thüringen läuft etwa mit der Idee des neuen Deutschen Reiches parallel. Schon 1848 hat man den Anschluß aller thüringischen Staaten an das Königreich Sachsen ernstlich erörtert. Der Herzog von Altenburg war schon damals bereit, den Albertinern sein Land, dessen wirtschaftliche Interessen heute am stärksten nach Sachsen hinüberreichen, auszulassen. Neue Wahrheit hat dem sächsisch-thüringischen Problem die Beseitigung der Dynastie durch den Umsturz von 1918 und der damals auftauchende Gedanke einer völligen Neuordnung des Reiches gegeben. Auf eine Anregung aus Altenburg hin fand am 18. Januar 1919 — also zufällig am Reichsgründungstag — eine Besprechung zwischen sächsischen und thüringischen Ministern über die Frage des zukünftigen Verhältnisses zwischen Sachsen und Thüringen statt. Auf Presseangriffe hin hat dann die sächsische provisorische Regierung am 25. Januar 1919 in der Staatszeitung (Nr. 20) erklärt, sie wolle sich in keiner Weise in die Verhältnisse benachbarter Staaten einmischen, aber sie lasse, da die Neubildung größerer Freistaaten allgemein erörtert werde, die wirtschaftlichen Zusammenhänge untersuchen, die über die sächsische Grenze hinausreichen, wobei selbstverständlich sei, daß solche Neubildungen nur in Betracht kämen, wenn sich die Wünsche überwiegender Mehrheiten des Volkes von beiden Seiten begegnen. Wie stark schon damals die Vereinigungstendenzen waren, beweist ein Schreiben, das der damalige sächsische Ministerpräsident Dr. Gräfinnauer am 19. Februar 1919 an Staatsminister Teller in Altenburg richtete, und das folgenden Satz enthält: "Sachsen und Thüringen zu einem Staat vereinigt, würden vermöge ihrer Größe und Einwohnerzahl, wegen der glücklichen Ergänzung ihrer Industrie durch die nötige landwirtschaftliche Fläche und wegen ihrer zentralen Lage im Reich politisch und wirtschaftlich ein Schwerpunkt und eine Bedeutung besitzen, die nicht hoch genug eingeschätzt werden kann." Endlich sei daran erinnert, daß am 8. März 1919 die altenburgische Regierung der dortigen Landesversammlung eine Materialsammlung über die Frage eines "Vereinigten Thüringens" oder "Sachsen-Thüringens" vorgelegt und dabei die Schaffung eines mitteldeutschen Großstaates aus Thüringen, Sachsen und preußischen Gebietsteilen als wünschenswert beschloß.

Die Entwicklung ist damals bei der Bildung des Freistaates Thüringen stehen geblieben, die immerhin schon einen wesentlichen Fortschritt gegenüber der überkommenen Kleinstaatenart dieses Landes bedeutete. Um die mitteldeutsche Frage ist es seither ruhiger, wenn auch nie ganz still geworden. Heute hat man nun weniger vom allgemein politischen Standpunkt, als vom finanziell-wirtschaftlichen aus die Frage erneut aufgerollt, sie zugleich aber auch aus dem Stande bloßer theoretischer Erwägungen in den Stand praktischer positiver Maßnahmen überführt. Die sächsisch-thüringische Grenzberichtigung zwischen Plauen und Borna im Vor-

Ruhiger Reichstagsbeginn

Das neue Präsidium

Berlin, 14. Juni.

Die erste Sitzung des Reichstages ist gestern ruhig und würdig verlaufen. Sie wurde von dem Alterspräsidenten Koch (Soz.) geleitet. Die Kommunisten, von denen mehrere in den Uniform des Roten Frontkämpfer-Bundes erschienen waren, machten keinerlei Störungsversuche.

Nach einer kurzen Ansprache des Alterspräsidenten erfolgte der Namensaufruf. Beim Aufruf des Abg. v. Neudell (Deutschnat. Bp.) riefen von den Kommunisten, bei dem Namen Koch-Befest (Dem.) von den Nationalsozialisten höhnische Zurufe. Beim Aufruf des Abg. Künster (Soz.) riefen die Kommunisten: "Der Einfeier!" Abg. Dr. Marx (Zent.) wird von links mit dem Ruf "Reichsbannerhasser! D!" begrüßt. Am Schluss des Namensaufrufs stellt der Alterspräsident Koch fest, daß 402 Abgeordnete anwesend sind, das Haus also beschlußfähig ist.

Die eingegangenen Anträge wurden auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung überwiesen. Unter anderem hat das Zentrum schwungsvolle Hilfe für das betroffene Gebiet beantragt, die Deutschen und die Kommunisten fordern Amnestie. — Die Sitzung wurde bereits 16 Uhr geschlossen.

In der heutigen Sitzung erfolgt die Wahl des Präsidiums. Die Wiederwahl von Löbe (Soz.) zum Präsidenten ist sicher, ebenso dürfen Esser (Ztr.) und Gräß (Nat.) wieder Vizepräsidenten werden. Der Platz des dritten Vizepräsidenten steht den Kommunisten zu; doch ist es fraglich, ob tatsächlich ein Kommunist gewählt wird. Die Sozialdemokraten haben beschlossen, nur dann für einen Kommunisten zu stimmen, falls die Kommunisten für Löbe stimmen. Die Mittelparteien wollen nur dann einem Kommunisten die Stimme geben, falls er sich zur Einhaltung der Geschäftsordnung verpflichtet. Es besteht also die Möglichkeit, daß der kommunistische Kandidat Torgler durchfällt und an seine Stelle als Vertreter der Deutschen Volkspartei der Abgeordnete v. Kardorff zum dritten Vizepräsidenten gewählt wird.

Nach der Wahl des Präsidiums wird sich der Reichstag vermutlich vertagen, um die Bildung der Reichsregierung abzuwarten, die anscheinend doch größere Schwierigkeiten bereitet, als man ursprünglich angenommen hat.

Hermann Müller hat, wie vorgestern mit dem Zentrum, so gestern mit der Deutschen Volkspartei verhandelt, ein Resultat über im einen wie im anderen Falle noch nicht erzielt. Die Hauptschwierigkeit bei den Verhandlungen mit der Deutschen Volkspartei liegt offenbar darin, daß diese Partei eine gleichzeitige Umbildung der Regierungen im Reich und in Preußen wünscht, eine Forderung mit der die Sozialdemokraten nicht einverstanden sind. Weiter bestehen Meinungsverschiedenheiten über einzelne fachliche Voraussetzungen der Regierungsbildung.

Es war von vornherein anzunehmen, daß in den Besprechungen über die neue Regierung die sachlichen Voraussetzungen eine nicht unwesentliche Rolle spielen würden. Wenn es auch nicht darauf ankommt Mittelparteien aufzustellen, wie wir es bei der jüngsten Regierungsbildung erlebt haben, weil es damals vor allem Bindungen nach der staatlichen Seite zu schaffen galt, so liegt doch ein Interesse vor, wenigstens in großen Umrisen Weg und Ziel der künftigen Regierungspolitik klarzustellen und jenseit, wie dies möglich ist, festzulegen. Es wäre daher natürlich nicht angebracht, bis in die kleinste Einzelheiten einzudringen, und wir würden diese Art auch für unnötig erschwerend ansehen. Denn Parlament und Parteien berufligen doch sorgfältig und dauernd die Arbeiten des Kabinetts. Wonach wir aber trachten, ist doch seit den letzten häufigen Regierungskrisen die Herstellung einer wirklich stabilen Regierungsmehrheit. Wenn sich daher der begrenzte Wunsch ergibt, sachliche Voraussetzungen allgemeiner Art zu schaffen, so würden die dabei zutage tretenden Auffassungen sich dann praktisch erledigen lassen, wenn auf allen beteiligten Seiten der feste Willen zur politischen Zusammenarbeit besteht. Die Schule, die Gestaltung des Reiches und die damit im Zusammenhang stehenden finanziellen und wirtschaftlichen Fragen sind für die Zukunft so entscheidend, daß unter den künftigen Koalitionsparteien über sie gesprochen werden muss. Es kommt nur darauf an, daß diese Besprechungen im Geiste gegenseitiger Verständigung, an dem es das Zentrum bestimmt nicht fehlen lassen wird, geführt werden.

Jahre war ein erster Anfang. Trotzdem kam die Erklärung über den bevorstehenden Abschluß von Verwaltungsgemeinschaften überraschend. Sie zeigte zunächst, daß man in den maßgebenden Kreisen nur an eine allmähliche, schrittweise Annäherung an das erstrebenswerte Endziel denkt. Man will keineswegs eine Überumpfung statthaft, zieht vielmehr den praktischen und vernünftigen Weg von Teillösungen vor, deren erworbene Bewährung dann von sich aus ein weiteres Fortschreiten auf dem begonnenen Wege fördern dürfte.

Wie weit die geplanten Verwaltungsgemeinschaften auf das politische Verhältnis der beiden Länder von Einfluß sein werden, läßt sich bei dem gegenwärtigen Stande der Verhandlungen noch nicht bewerten. Einzelheiten über diese Verwaltungsgemeinschaften sind von offizieller Seite noch nicht an die Öffentlichkeit gelangt. Was allerdings inoffiziell bekannt geworden ist, und zwar ohne bisher dementiert zu werden, läßt eine sehr großzügige Zeitschrift vermuten. Danach soll an gemeinschaftliche Einrichtungen in der Justizverwaltung, ein gemeinsames Oberverwaltungsgericht und andere Verwaltungsbehörden, an eine Rechtsangleichung auf dem Gebiete der Landessiedlungen, an gemeinsame Arbeit im Hochschulwesen (Hochschule Freiberg und Hochschule Tharandt), an Vereinheitlichung im Verkehrsweisen und Zusammenarbeit in der Wicht- und Kraftverarbeitung, nach weiteren Stimmen sogar an eine einheitliche Gestaltung der Staatshaushalte gedacht sein. Mag fürs erste auch nur ein Teil dieser Pläne Wirklichkeit werden, so wird man ihnen trotz des Vorwiegens wirtschaftlichen, auf Erfahrung hinweisenden Charakters die politische Bedeutung nicht absprechen können.

Die mitteldeutsche Frage, die keineswegs nur eine lokale Frage der Messestadt Leipzig ist, steht mit dem Problem der Reichsreform in unmittelbarem Zusammenhang. In Thüringen ist auch der Anschluß an Preußen mehrfach erörtert worden. In letzter Zeit aber hat sich der Gedanke eines engeren Anschlusses an Sachsen durchgesetzt. Vom Standpunkt des Reiches aus ist es ohne Zweifel zu begrüßen, daß hier in Sachsen und in Thüringen führende Männer die Bedeutung der mitteldeutschen Frage für die zukünftige Entwicklung des Rei-

ches klar erkannt haben. In Sachsen ist neben Ministerpräsident Heldt Ministerialdirektor Dr. Alfred Schulze der maßgebende Vertreter dieser gesund föderalistischen Politik, die um so mehr zu begrüßen ist, als gerade hier in Sachsen der Gedanke der eigenstaatlichen Entwicklung in den letzten Jahrzehnten stark in den Hintergrund gedrängt war. Da ein gesunder Föderalismus auch im Stadium der heutigen wirtschaftlichen Entwicklung durchaus vertretbar erscheint, wenn er nicht auf blinder Beharrung auf überkommenen, unserer Zeit nicht mehr entsprechenden historischen Grenzen stehen bleibt, sondern für Fortbildung zu organisieren, der Gegenwart entsprechenden eigenstaatlichen Gebilden eintritt, beweist das sächsisch-thüringische Vorgehen. Zumal liegt die Idee zugrunde, daß der Reichseinheit besser durch eine mitteldeutsche Blockbildung gedient wird, als durch ein Aufheben der mitteldeutschen Länder in einem höheren Preußen. Dr. Schulze betont mit großer Geduld in einem Aufsatz über die Stellung Sachsen im Reiche (Jahrbuch Sachsen 1927) die natürliche Vermittelrolle, die Sachsen im Reiche habe. Wirtschaftspolitisch sei es durch seine geographische Lage auf den Zugang zum Meer angewiesen und schon dadurch mit dem Norden unlöslich verbunden; seine Bevölkerung dagegen habe Eigenschaften, die sie dem süddeutschen Wesen näher bringen als dem norddeutschen. Für Thüringen trifft im wesentlichen dasselbe zu. Der wirtschaftliche Druck und die Finanznot drängen heute zu politischen Zusammenschlüssen der Länder. Ein Zusammenschluß Mitteldeutschlands würde hier ein starkes Bindeglied zwischen Nord- und Süddeutschland bilden. Nur mühte man sich die endgültige Lösung neben der Vereinigung Sachsen und Thüringen eine harmonischere Abrundung dieses Staatsgebildes wünschen, einmal durch Beseitigung der preußischen Enklaven in Thüringen und weiterhin durch Zuweisung preußischer Gebietsteile der Provinz Sachsen an das neue mitteldeutsche Staatsgebilde.

So weitreichende Pläne werden naturgemäß nicht auf ungeteiltes Wohlwollen stoßen. Kritik und Gegnerschaft kündigen sich auch bereits deutlich an. Kommt es zu einem mitteldeutschen Staatsgebilde, so kommt es mit dem zentralistischen Einheitsstaat, der die Zerschlagung aller Länder will, endgültig vorbei. So argu-

mentiert man im Lager der extremen Unitaristen. Auch Stimmen der sächsischen Demokraten regen sich bereits in dieser Richtung. Es verlautet, daß die sächsischen Demokraten ohne Zustimmung der Berliner Parteileitung der Frage der sächsisch-thüringischen Annäherung nicht näher treten werden. Eine andere Gegnerschaft wird dem Plan wenigstens teilweise in Preußen erstehen. Im preußischen Erfurt, der verkehrsgeographischen Hauptstadt Thüringens, begegnet er schon jetzt kühler Kritik. Die "Thüringer Allgemeine Zeitung" über schreibt einen Artikel: "Thüringen — ein Anhänger Sachsen". Den extremen Unitaristen wäre zu sagen, daß es letztlich nicht auf möglichst große, sondern in erster Linie auf möglichst lebensfähige Staatsgebilde ankommt. Der Gedanke einer Zusammenschließung und Neugruppierung der Länder ist greifbarer und realistischer als die unitaristische Idee von der Zerschlagung der Länder überhaupt. Parteipolitische Erwägungen sollten bei diesen Fragen nicht in den Vordergrund treten. Ebenso wenig als treibende Kraft eine neue, der alten dynastischen sehr ähnliche engherzige "Hausnachpolitik" einzelner Länder. Die Zusammenschlußbestrebungen in Mitteldeutschland sind in helner Weise von der Sehnsucht nach einer Vormachtstellung im Reich diktiert. Ebenso wenig würden durch den mitteldeutschen Zusammenschluß die Interessen Preußens geschädigt werden, es sei denn, man erkennt allein für Preußen die moralische Pflicht an, finanziell und politisch krank gewordene Länder in sich aufzunehmen, wie man bereits argumentiert hat.

Es wird also schwer sein, mit durchschlagenden Gründen gegen die Entwicklung in Mitteldeutschland einzugehen. Die thüringische Regierung ist zwar neuerdings durch eine Erklärung dem Vorwurf entgegengetreten, daß durch die geplanten Verwaltungsgemeinschaften die staatliche Selbständigkeit Thüringens aufgegeben werden soll. Doch liegt darin wohl in erster Linie eine Anerkennung der großen Schreierigkeiten, die dem Endzweck noch entgegenstehen. Damit freilich, daß die demokratische Presse gegen die sächsischen Ministerpräsidenten und den Ministerialdirektor Dr. Schulze als "Partikularisten" verfeindet, die nur etwas klüger und gewandter seien als der bayrische Ministerpräsident, wird man dem sehr schwierigen und grundlegenden Problem allerdings nicht beikommen. Die weitere Entwicklung wird sehr stark von einer sachlichen ernsten Prüfung aller Fragen abhängen, die in erster Linie die Gesamtinteressen des Reiches im Auge hat.

M. D.

Revision für Kolmar?

Paris, 13. Juni.

Zum Fall Riedlin und Rossé glaubt das "Deuvre" zu wissen, die Regierung sei geneigt, die Beurteilen von Kolmar "besdingt" bis zur Entscheidung des Obersten Gerichtes zu enthalten. Wenn das Gericht das erlinzangliche Urteil bestätige, würden Riedlin und Rossé aus Anlaß des 14. Juli befreit werden. Es sei möglich, meint das Blatt, daß der Abgeordnete Walter, der von den Abgeordneten der Regierung sicherlich unterrichtet sei, sich für befreit erklärt und seinen Antrag zurückziehe.

Ein Teil der Elsässer Blätter, selbst der autonomistisch, wie das "Neue Freie Journal", bringen längere Artikel über die bevorstehende Kammerdebatte betreffend die Freilassung der Beurteilten von Kolmar. Die Regierung wird darin beschworen, nicht kurzfristig zu sein und den begangenen Fehler durch einen Alt weisen Entgegensetzung und verständige Milde wieder gutzumachen, da anderseits eine Entzweiung zwischen Elsass-Lothringen und Innerfrankreich unvermeidlich sei. Es bleibt zweifelhaft, ob diese Stimmen Wirkung haben werden.

Das "Echo de Paris" veröffentlicht eine Auschrift des Abde Haegy, in der dieser sich gegen den Vorwurf verteidigt, für die autonomistischen "Umlaufen" verantwortlich zu sein. Zur autonomistischen Bewegung schreibt Abde Haegy: "Man hat diese Bewegung gehasst, weil man glaubte, die Elsässische Volkspartei sei zu gemäßigt, und die Blätter dieser Partei, einschließlich des 'Elsässischen Arier', entsprächen nicht den Gefühlen eines großen Teiles der Bevölkerung, die mehr verlangt. Man forderte namentlich die gesetzliche Autonomie für die regionalen Fragen Elsass-Lothringens im Gegentheil zur Verwaltungsaufnahme, auf die die Elsässische Volkspartei sich beschränkt zu können glaubte. Das einzige Beduldungsmitteil ist in den Augen vieler Elsässer die gesetzliche Autonomie, die den Elsässern gestattet, alle in den regionalen Fragen selbst zu regeln. Man sollte den Mut haben, die Wahrheit zu sagen, daß die Wähler des Elsas für die autonomistischen Kandidaten ohne Zweife und trotz der Presse gestimmt haben. Die Wahlen sind in dieser Hinsicht Wahlen des Einspruchs gegen das Vorgehen der Regierung, der Polizei und Justiz gewesen. Wie man in der letzten Zeit im Elsass mißbrauchte.

Die Notwendigkeit der Dawesrevision (Drahtbericht unseres Korrespondenten.)

London, 13. Juni.

Technisch wie in dem Artikel "Augurs", der kürzlich durch die deutsche Presse ging, findet man in dem heutigen Kommentar der "Times" zu dem Halbjahresbericht des Reparationsagenten eine ausgesprochene Neigung, die Reparationsfrage aufzusäubern. Es hat fast den Anschein, als sehe die "Times" nur noch ein einziges Hindernis auf dem Wege zur Revision, nämlich die französische Doktrin von der Unzertrennlichkeit der Entschädigungs- und der internationalen Schuldenfrage. Wie bereits bei Gelegenheit des letzten englischen Budgets ausgeführt, ist jedoch England in dieser Beziehung selbst nicht frei von Sorgen. Der Reparationsagent, der bei seinen Revisionsbestrebungen keinerlei Konzessionen Amerikas in die Waagschale zu werfen vermögt, findet infolgedessen in englischem Schachmatt für den Augenblick durchaus nicht die lebhafte Unterstützung, auf die der Leiter des "Times" hoffen läßt.

Die "Times" erklärt: "Da alle Beteiligten von der Revision nur gewinnen könnten, so sollten sie alle bereit sein, ihr Teil zu seiner Regelung beizutragen." Solche Erwähnungen haben natürlich einen großen Wert für die Vorbereitung der Revision. Sie liegen ganz auf der Linie, die Parker Gilbert verfolgt. Aber sie spiegeln die Meinung der englischen Regierung nur auf

Wie die Italia verunglückte

Kopenhagen, 13. Juni.

Ausführlicher Bericht Nobiles

Rom, 13. Juni.

Die funktelegraphische Verbindung zwischen der Station der "Italia"-Mannschaft und der "Città di Milano", die gestern lehr schwierig geworden war, wurde heute vollkommen wieder hergestellt. Am Abend des 12. Juni befand sich die Gruppe Nobile bei 80 Grad 38 nördlicher Breite und 26 Grad 55 östlicher Länge. Der Bericht Nobiles über den Unfall der "Italia" lautet folgendermaßen:

Am 25. Mai um 10.30 Uhr stieg die Italia in einer Höhe von 500 Metern, als sie plötzlich schwerer wurde und sehr schnell herunterging. Der Absturz auf das Eis dauerte nur zwei Minuten. Die Kabine und ein Teil des oberen Gesteins zerbrachen, während das Bootsschiff in östlicher Richtung getrieben wurde. Unter den Trümmeren standen bis wie durch ein Wunder alle Insassen der Kabine auf dem Eis wieder, auch fast alle Gerätschaften waren da. Am Abend des 30. Mai trennten sich 12 Kilometer nordöstlich der Insel Zonni die italienischen Majore Mariano und Zappi und der schwedische Gelehrte Malgren von ihren Kameraden und schwammen, mit Lebensmitteln versehen, die Richtung zum Nordkap ein. Sie beschäftigten, zehn Kilometer täglich zurückzulegen. Bei Nobile selbst befinden sich der schwedische Gelehrte Behnuel, der Lieutenant zur See Viglieri, der Ingenieur Troisi, der Techniker Cecioni und der Künfer Biagi. Die anderen Mitglieder der Expedition, die auf dem Bootsschiff geblieben waren, sollen Lebensmittel für mindestens drei Monate und ihre ganze Ausstattung mit sich haben. In der Gruppe Nobile sind zwei Männer verletzt worden, einer ist schon wiederhergestellt, der andere, der am Bein unterhalb des Knies verletzt wurde, wird in einiger Zeit geholt sein. Das Eis, auf dem sich Nobile befindet, zeigt hier und da Risse, die sich zuweilen zu Kavullen erweitern.

Die letzten Nachrichten von General Nobile besagen, daß die Expedition sich in der äußersten Not befindet, und daß sieben ihrer Mitglieder verloren sind.

Der gestern abend auf dem Fluge nach Spitzbergen hier eingetroffene italienische Flieger Madalen will versuchen, der Nobile-Expedition durch Überbringen von Schiffen und anderem Rettungsmaterial zu helfen. Er ist heute vormittag 8.50 Uhr zum Weiterflug nach Spitzbergen aufgestiegen und hofft, am Donnerstagabend oder Freitagvormittag in Kingsbay einzutreffen. Zunächst wird er über Stockholm nach Uulen fliegen.

Kowno, 12. Juni.

Wie aus Moskau gemeldet wird, hat der Hilfsausschuß für Nobile unter Berücksichtigung der letzten Nachrichten über das Schicksal der "Italia" den ersten Hilfsplan aufgegeben und be schlossen, zwei Expeditionen auf die Suche nach Nobile, und zwar eine Ost und eine Westexpedition anzuschicken. Die Ostexpedition unter Leitung von Wiese-Lawrow auf dem Eisbrecher "Malgin" mit dem Untergangszug Nr. 13 und dem Flieger Sergiew an Bord, wird Mittwoch früh in Richtung Kap Smith auslaufen. Die Westexpedition, die zur Zeit in Leningrad zusammengestellt wird, soll am 14. Juni mit dem größten Eisbrecher der Sowjetunion "Krossin" unter der Leitung von Professor Somojowitsch und dem Flieger Tschuschnowksi mit einem dreimotorigen Großflugzeug an Bord Venim grob verlassen.

Schweres Flugzeugunglück in Kopenhagen

Kopenhagen, 13. Juni.

Um heutigen Mittwoch um 11 Uhr vormittags hat sich mitten in der Stadt Kopenhagen ein furchtbare Flugzeugunglück ereignet. Ein von einem Unteroffizier geführtes und mit zwei Soldaten bemannetes Marinestaffelzeug, das zu einem Übungslauf aufgestiegen war, stieg aus unbekannten Gründen in so geringe Höhe über der Stadt, daß es gegen ein Dach stieß. Infolge des Zusammenpralls wurden alle drei Flieger aus dem Flugzeug geschleudert. Einer von ihnen stürzte durch das Dach in einen Bodenraum, während die beiden anderen auf das Steingehäuse fielen. Alle drei waren sofort tot. Die unbemannte Maschine setzte ihren Flug allein fort und stürzte in einer Villenkolonie auf die Straße nieder. Dabei wurde ein Knabe schwer verletzt.

lange Sicht wieder. Das bedeutet allerdings nicht, daß man in London dem kommenden Jahr der deutschen Höchstfahrt mit großer Zuversicht entgegensehe. Die "Morning Post" stellt heute fest, daß die Unsicherheit in der Reparationsfrage eines der Elemente ist, welche die Belebung des Londoner Geldmarktes trotz der allgemein hoffnungsvollen Stimmung in England immer noch aufhalte.

Raketen-Flugversuche?

Frankfurt a. M., 13. Juni.

Die Meldungen einiger Blätter, monatlich auf der Wasseruppe in der Rhön mit einem Raketenflugzeug bereits Versuche stattgefunden haben, trifft, wie die Opelwerke mitteilten, nicht zu. Die Erbauer des Raketenflugzeuges, Freiherr von Opel und Sander, wohnten in der Rhön lediglich einigen Segelflugen bei, um an Modellen festzustellen, ob eventuell solche Maschinen sich für den Einbau von Raketen eignen und weiter um aerodynamische Gewichtsprüfungen vorzunehmen. Mit dem zur Zeit in Kassel noch im Bau befindlichen und erst demnächst zum ersten Start erscheinenden Raketenflugzeug haben diese Versuche auf der Wasseruppe nichts zu tun.

Das Raketenflugzeug, das im Auftrag der Firma Opel von den Raab-Katzenstein-Werken in Kassel gebaut wird, wird in Kürze fertiggestellt sein. Es soll in erster Linie auf seine Flugfähigkeit hin geprüft werden. Mit einem 35-PS-Motor ausgerüstet, wird es am Kasseler Großflugtag (24. 6.) aller Voransicht nach zum ersten Male starten. Es handelt sich bei diesem Apparat um einen Doppeldecker-Entwurf. Die Maschine unterscheidet sich dadurch wesentlich von den anderen Flugzeugen, daß sie gewissermaßen verkehrt fliegt, d. h. die Haupttragflächen befinden sich hinten, während das Höhenleiterhorn angebracht ist. Die Seitensteueranlage sitzt zwischen den Flächen, die Rücksassen sind zwischen Rumpf und oberen Tragflächen eingebaut. Die Raketenköpfen werden mit den Düsen, durch feuerfestes Blech verkleidet, hinten zwischen den Tragflächen, wo man sonst das Höhenleiterhorn findet, eingebaut. Das Flugzeug könnte selbstverständlich auch ohne Tragflächen bei einem Absturz der Rakete in die Luft steigen. Die Tragflächen dienen jedoch in der Haupthülle dazu, die Anfangs- und Endgeschwindigkeit auf eine normale Grundlage zu bringen. Erst später beobachtigt man, um die Schnelligkeit in der Luft zu fördern, die Tragflächen zu einzubauen, daß sie sich nach dem Start in und vor der Landung automatisch ausziehenschieben. Vorerst ist also nur mit einem Start mit Motor zu rechnen. An einem Flug in den Welttraum oder die Stratosphäre ist vorläufig nicht zu denken.

Trotz dieses Dementis der Opelwerke wollen einige Korrespondenten wissen, daß der Flugversuch mit einem Raketenflugzeug auf der Rhön doch stattgefunden habe. Wir geben nachstehend einen Korrespondenzbericht wieder, der ziemlich genaue Einzelheiten bringt.

Der Versuch wurde von dem bekannten Segelflieger Stamper, dem Geschäftsführer der Rhön-Rossitten-Gesellschaft am Montagabend mit dem Segelflugzeug "Ente" dieser Gesellschaft unternommen, und zwar, wie von vorneherein bekannt werden muß, im Einvernehmen und an Wissenschaftlichkeit Freiherr von Opels. Das Segelflugzeug war mit Sander-Raketen ausgerüstet, die auch bei dem Opel-Raketenauto auf der Ause verwandt wurden. Während sonst die Segelflugzeuge eine behelfsmäßige Startvorrichtung mittels eines Gummijutes benutzten, startete nun die "Ente" mit dem Piloten Stamper nur mit Hilfe der Sander-Raketen von der ca. 400 Meter hohen Wasseruppe aus und stieg unter weiterer Benutzung des Raketenantriebs eine Strecke von annähernd 2 Kilometern, wobei zeitweise eine über dem Niveau des Startplatzes liegende Höhe von

10 Meter erreicht wurde. Es handelt sich, wie von Stamper selbst auf Anfrage beichtet wird, lediglich um einen Vorversuch, der die Vorbereitung zu weiteren Raketenflügen mit dieser Maschine und damit auch die Grundlage für die späteren Versuche an dem Raab-Katzensteinschen Motorschlitten "Grausmücke" bilden soll. Aus diesem Grunde erfolgte der Start auch in aller Heimlichkeit, so daß erst nachträglich Kunde von diesem ersten Raketenflug in die Öffentlichkeit drang. Da die "Ente" eine Beschädigung erlitten hat, dürften diese Versuche erst in circa drei Wochen wieder aufgenommen werden.

Die Weltfahrt des neuen Zeppelin

Über die Pläne, die die Gesellschaft "Luftschiffbau" mit beim Böllendorf stehenden neuen Verkehrsluftschiff P 3 127 hat, liegen jetzt authentische Neuveröffentlichungen Dr. Edmers vor. Ende Juni sind die Bauarbeiten beendet und im Juli beginnen die Weltfahrtfahrten. Bei den dann vorgesehenen Großfahrtspielen spielt eine wesentliche Rolle die Brennstoffversorgung. In Friedrichshafen ist zurzeit die Gasanstalt zur Herstellung des Brenngases "Gasomüde" bilden soll. Aus diesem Grunde erfolgte der Start auch in aller Heimlichkeit, so daß erst nachträglich Kunde von diesem ersten Raketenflug in die Öffentlichkeit drang. Da die "Ente" eine Beschädigung erlitten hat, dürften diese Versuche erst in circa drei Wochen wieder aufgenommen werden.

Im Gegensatz zu den Schlesien dieses verband verhältnismäßig leicht nach wie hervor. Die "S" die im Norddeutschland hat, Grossowitzer ist dieses Jahres ein Zement, der der Feinheit, dem Aussehen und dem Raumbedarf festgelegt ist. Ein Zement mit Anwendungsbereich ist abhängig davon, daß der erfundene hydrostatische Beton entsprechend den Anforderungen der Schlesischen Wirtschaftswerten scharf genormt, wodurch gegen die Bauzeit zu erneute Belastungs erhöhung um 100% gestiegen ist. Im Gegensatz zu den Schlesien dieses verband verhältnismäßig leicht nach wie hervor. Die "S" die im Norddeutschland hat, Grossowitzer ist dieses Jahres ein Zement, der der Feinheit, dem Aussehen und dem Raumbedarf festgelegt ist. Ein Zement mit Anwendungsbereich ist abhängig davon, daß der erfundene hydrostatische Beton entsprechend den Anforderungen der Schlesischen Wirtschaftswerten scharf genormt, wodurch gegen die Bauzeit zu erneute Belastungs erhöhung um 100% gestiegen ist. Im Gegensatz zu den Schlesien dieses verband verhältnismäßig leicht nach wie hervor. Die "S" die im Norddeutschland hat, Grossowitzer ist dieses Jahres ein Zement, der der Feinheit, dem Aussehen und dem Raumbedarf festgelegt ist. Ein Zement mit Anwendungsbereich ist abhängig davon, daß der erfundene hydrostatische Beton entsprechend den Anforderungen der Schlesischen Wirtschaftswerten scharf genormt, wodurch gegen die Bauzeit zu erneute Belastungs erhöhung um 100% gestiegen ist. Im Gegensatz zu den Schlesien dieses verband verhältnismäßig leicht nach wie hervor. Die "S" die im Norddeutschland hat, Grossowitzer ist dieses Jahres ein Zement, der der Feinheit, dem Aussehen und dem Raumbedarf festgelegt ist. Ein Zement mit Anwendungsbereich ist abhängig davon, daß der erfundene hydrostatische Beton entsprechend den Anforderungen der Schlesischen Wirtschaftswerten scharf genormt, wodurch gegen die Bauzeit zu erneute Belastungs erhöhung um 100% gestiegen ist. Im Gegensatz zu den Schlesien dieses verband verhältnismäßig leicht nach wie hervor. Die "S" die im Norddeutschland hat, Grossowitzer ist dieses Jahres ein Zement, der der Feinheit, dem Aussehen und dem Raumbedarf festgelegt ist. Ein Zement mit Anwendungsbereich ist abhängig davon, daß der erfundene hydrostatische Beton entsprechend den Anforderungen der Schlesischen Wirtschaftswerten scharf genormt, wodurch gegen die Bauzeit zu erneute Belastungs erhöhung um 100% gestiegen ist. Im Gegensatz zu den Schlesien dieses verband verhältnismäßig leicht nach wie hervor. Die "S" die im Norddeutschland hat, Grossowitzer ist dieses Jahres ein Zement, der der Feinheit, dem Aussehen und dem Raumbedarf festgelegt ist. Ein Zement mit Anwendungsbereich ist abhängig davon, daß der erfundene hydrostatische Beton entsprechend den Anforderungen der Schlesischen Wirtschaftswerten scharf genormt, wodurch gegen die Bauzeit zu erneute Belastungs erhöhung um 100% gestiegen ist. Im Gegensatz zu den Schlesien dieses verband verhältnismäßig leicht nach wie hervor. Die "S" die im Norddeutschland hat, Grossowitzer ist dieses Jahres ein Zement, der der Feinheit, dem Aussehen und dem Raumbedarf festgelegt ist. Ein Zement mit Anwendungsbereich ist abhängig davon, daß der erfundene hydrostatische Beton entsprechend den Anforderungen der Schlesischen Wirtschaftswerten scharf genormt, wodurch gegen die Bauzeit zu erneute Belastungs erhöhung um 100% gestiegen ist. Im Gegensatz zu den Schlesien dieses verband verhältnismäßig leicht nach wie hervor. Die "S" die im Norddeutschland hat, Grossowitzer ist dieses Jahres ein Zement, der der Feinheit, dem Aussehen und dem Raumbedarf festgelegt ist. Ein Zement mit Anwendungsbereich ist abhängig davon, daß der erfundene hydrostatische Beton entsprechend den Anforderungen der Schlesischen Wirtschaftswerten scharf genormt, wodurch gegen die Bauzeit zu erneute Belastungs erhöhung um 100% gestiegen ist. Im Gegensatz zu den Schlesien dieses verband verhältnismäßig leicht nach wie hervor. Die "S" die im Norddeutschland hat, Grossowitzer ist dieses Jahres ein Zement, der der Feinheit, dem Aussehen und dem Raumbedarf festgelegt ist. Ein Zement mit Anwendungsbereich ist abhängig davon, daß der erfundene hydrostatische Beton entsprechend den Anforderungen der Schlesischen Wirtschaftswerten scharf genormt, wodurch gegen die Bauzeit zu erneute Belastungs erhöhung um 100% gestiegen ist. Im Gegensatz zu den Schlesien dieses verband verhältnismäßig leicht nach wie hervor. Die "S" die im Norddeutschland hat, Grossowitzer ist dieses Jahres ein Zement, der der Feinheit, dem Aussehen und dem Raumbedarf festgelegt ist. Ein Zement mit Anwendungsbereich ist abhängig davon, daß der erfundene hydrostatische Beton entsprechend den Anforderungen der Schlesischen Wirtschaftswerten scharf genormt, wodurch gegen die Bauzeit zu erneute Belastungs erhöhung um 100% gestiegen ist. Im Gegensatz zu den Schlesien dieses verband verhältnismäßig leicht nach wie hervor. Die "S" die im Norddeutschland hat, Grossowitzer ist dieses Jahres ein Zement, der der Feinheit, dem Aussehen und dem Raumbedarf festgelegt ist. Ein Zement mit Anwendungsbereich ist abhängig davon, daß der erfundene hydrostatische Beton entsprechend den Anforderungen der Schlesischen Wirtschaftswerten scharf genormt, wodurch gegen die Bauzeit zu erneute Belastungs erhöhung um 100% gestiegen ist. Im Gegensatz zu den Schlesien dieses verband verhältnismäßig leicht nach wie hervor. Die "S" die im Norddeutschland hat, Grossowitzer ist dieses Jahres ein Zement, der der Feinheit, dem Aussehen und dem Raumbedarf festgelegt ist. Ein Zement mit Anwendungsbereich ist abhängig davon, daß der erfundene hydrostatische Beton entsprechend den Anforderungen der Schlesischen Wirtschaftswerten scharf genormt, wodurch gegen die Bauzeit zu erneute Belastungs erhöhung um 100% gestiegen ist. Im Gegensatz zu den Schlesien dieses verband verhältnismäßig leicht nach wie hervor. Die "S" die im Norddeutschland hat, Grossowitzer ist dieses Jahres ein Zement, der der Feinheit, dem Aussehen und dem Raumbedarf festgelegt ist. Ein Zement mit Anwendungsbereich ist abhängig davon, daß der erfundene hydrostatische Beton entsprechend den Anforderungen der Schlesischen Wirtschaftswerten scharf genormt, wodurch gegen die Bauzeit zu erneute Belastungs erhöhung um 100% gestiegen ist. Im Gegensatz zu den Schlesien dieses verband verhältnismäßig leicht nach wie hervor. Die "S" die im Norddeutschland hat, Grossowitzer ist dieses Jahres ein Zement, der der Feinheit, dem Aussehen und dem Raumbedarf festgelegt ist. Ein Zement mit Anwendungsbereich ist abhängig davon, daß der erfundene hydrostatische Beton entsprechend den Anforderungen der Schlesischen Wirtschaftswerten scharf genormt, wodurch gegen die Bauzeit zu erneute Belastungs erhöhung um 100% gestiegen ist. Im Gegensatz zu den Schlesien dieses verband verhältnismäßig leicht nach wie hervor. Die "S" die im Norddeutschland hat, Grossowitzer ist dieses Jahres ein Zement, der der Feinheit, dem Aussehen und dem Raumbedarf festgelegt ist. Ein Zement mit Anwendungsbereich ist abhängig davon, daß der erfundene hydrostatische Beton entsprechend den Anforderungen der Schlesischen Wirtschaftswerten scharf genormt, wodurch gegen die Bauzeit zu erneute Belastungs erhöhung um 100% gestiegen ist. Im Gegensatz zu den Schlesien dieses verband verhältnismäßig leicht nach wie hervor. Die "S" die im Norddeutschland hat, Grossowitzer ist dieses Jahres ein Zement, der der Feinheit, dem Aussehen und dem Raumbedarf festgelegt ist. Ein Zement mit Anwendungsbereich ist abhängig davon, daß der erfundene hydrostatische Beton entsprechend den Anforderungen der Schlesischen Wirtschaftswerten scharf genormt, wodurch gegen die Bauzeit zu erneute Belastungs erhöhung um 100% gestiegen ist. Im Gegensatz zu den Schlesien dieses verband verhältnismäßig leicht nach wie hervor. Die "S" die im Norddeutschland hat, Grossowitzer ist dieses Jahres ein Zement

Handels- u. Wirtschafts-Zeitung

3. Juni.

hier ein-
suchen, der
und an
vermittelt
legen und
Ringoban-
en liegen.
2. Juni.

Wirtschaft für
über das
und be-
obile, und
den. Die
dem Eis-
t und dem
Richtung
Zeit in
mit dem
der Leis-
ter Thüfch-
bed. Lenin-

gagen
Juni.
s hat sich
in Richt-
on einem
bemanntes
ung aufge-
ger Höhe
infolge des
zugang ge-
in einen
benplaster
bemannte
e in einer
ein Knabe

on Stamer
ten Bör-
teileflügen
ge für die
storschung
zufolge der
gleich Runde
drang. Da
ut, dürfen
genommen

pelin

" mit dem
ff 3. 127
er Ende
ginnen die
erten spielt
Kriegs-
Brenngas-
bestellen im
ber. Es
Aufhalt die
Zimmer-
Sahre er-
alen über
die Westküste
San Diego
hurzt. Die
aus entlang
im Juli
ausführung.
denn man
aufschiffbar
und größte
en Deutsch-
ie bis nach
Tut. Füllt
die mehr vor-
er auch die
sind, es sei
die Süd-
regelmäßige
Brasilien-
panien sind
Beratungen
und Brasi-
s sehr noch
oder jenseit-

Probleme der schlesischen Zementindustrie

Von einer Konkurrenz durch neu entstandene Zementwerke ist in letzter Zeit in der östlichen Zementindustrie mehrfach die Rede gewesen. Tatsache ist, daß in Schlesien, nachdem seit Jahren von Neugründungen nichts zu hören war, seit vorigem Jahre eine neue Zementfabrik entstanden ist. Für weitere Neugründungen besteht kein finanzieller Anreiz, zumal auch die organisierte Zementindustrie alle möglichen Abwehrmaßnahmen getroffen hat. Der Kampf gegen die Autoseiterfabriken wird fortlaufen. Nach sachmännischer Ansicht werden Neugründungen bei strenger Vorschriften für die Güte des Zementes viel von ihrem Heiz verlieren, indem dann nur die wirklich gut eingerichteten Werke, die über erstklassigen Rohstoff verfügen, sich behaupten können.

Wenn jetzt von einem Stilllegen einiger schlesischer Zementwerke gesprochen wird, so handelt es sich hier in erster Reihe um einen Betriebsstopp (die Fabrik Silesia), der deshalb ruht, damit die Bestände sich nicht allzuviel vergrößern. Die notwendige Bereitschaftshaltung ist mit erheblichen Kosten verbunden; man erwartet aber, daß es möglich sein wird, das Werk im Laufe der kommenden Baunomaden zu eröffnen. Eine andere jetzt außer Betrieb befindliche Zementfabrik (Groschowitz) wird bedeutend vergrößert und ganz modern ausgestaltet, so daß dann die schlesische Zementindustrie außerordentlich leistungsfähige Werke aufzuweisen hat. Der Umstand, daß der Umbau einen Kostenaufwand von gegen sechs Millionen Mark verursacht, läßt darauf schließen, daß Hervorragendes im Zuge ist.

Das bisherige Ergebnis der Rationalisierungsarbeit der schlesischen Zementindustrie war ein dreifaches: Mechanisierung der Betriebe, verbunden mit Ersparnis von Arbeitskräften, ferner Qualitätsverbesserungen und erhebliche Steigerung der Kapazität. Die neuen Wege, die die oberschlesische Zementindustrie zur Besserung ihrer finanziellen Verhältnisse beschritten hat, haben sich als förderlich für die Industrie erwiesen, und es sollen auch weiterhin die Produktionsverhältnisse an die gegebenen Absatzmöglichkeiten scharf angepaßt werden. Für den Eisenbetonbau wurde der hochwertige Zement herausgebracht und mit hoher Anfangs- und Endfestigkeit für Druck und Zug genormt, wodurch der Bauindustrie die Möglichkeit gegeben wurde, die Verschalungsfristen herabzusetzen und die Bauzeit zu verkürzen. In den Herstellungskosten sind erneute Belastungen eingetreten durch eine weitere Lohn erhöhung um 16 Proz. und durch Einführung des Achtstundentages in einzelnen Betriebsteilen. Trotz der gestiegenen Kosten zeigt der Betriebsgewinn zum größten Teil eine Erhöhung auf, wodurch sich die Rationalisierungsmaßnahmen widerspiegeln.

Im Gegensatz zur Errichtung von Hüttenzementwerken in West- und Süddeutschland konnte in Schlesien dieselbe durch den Norddeutschen Zementverband verhindert werden. Die Großindustrie tritt hier nach wie vor als Abnehmerin der Zementindustrie hervor. Die "Schlesische Portland-Zementindustrie-A.-G.", die im Norddeutschen Verband eine übergreifende Bedeutung hat, wird speziell nach Fertigstellung der Groschowitzer Fabrik (die wahrscheinlich schon im Herbst dieses Jahres eröffnet werden kann) allen Wünschen nach Zement, der der chemischen Zusammensetzung, der Malfleinheit, dem Abbindbeginn und der Abbindendauer, der Baumfestigkeit, der Binderkraft (Zug- und Druckfestigkeit) entspricht, gerecht. Was Portland-Zement anbetrifft, so kommt der Name bekanntlich daher, daß das von einem englischen Baufachmann erfundene hydraulische Bindemittel und der aus ihm hergestellte Beton in der Farbe einem natürlichen Werkstein entsprach, der bei Portland gewonnen wurde. Die schlesischen Werke stellen außer dem normalen Zement hochwertigen Zement her, dessen Produktion erheblich in die Höhe gegangen ist. Das hervorstechendste Merkmal an diesem Zement ist, daß man an ihn ganz andere Ansprüche zu stellen berechtigt ist als an den früher gebrauchlichen Zementen. Der hochwertige Zement wird natürlich zu höherem Preis verkauft als andere Zementsorten, aber seine Fabrikation ist auch mit wesentlich größeren Kosten verbunden. Die Versteuerung der Produktion fällt bei den neuen Wegen der Zementindustrie besonders in die Waagschale.

Die Zementfabrik "Stadt Oppeln" gehört nach wie vor nicht zu den vor zwei Jahren zusammengeschlossenen oberschlesischen Zementwerken. Das zur oberschlesischen Zementindustrie gehörige Werk in Neukirch am Katzbach ist schon im vorigen Jahre eingestellt worden. Es sind jetzt nur diejenigen Werke im Betrieb, die auf Grund ihrer Einrichtungen am günstigsten zu arbeiten in der Lage sind.

Die volle Ausnutzung der Werkanlagen ist noch immer nicht möglich. Die Versandziffern liegen noch beträchtlich hinter denen vor dem Kriege, obwohl allein die Schlesische Portland-Zementindustrie-A.-G. jetzt eine Leistungsfähigkeit von sechs Millionen Faß jährlich aufweisen kann (92 Proz. der schlesischen Portland-Zementfabrikation). Sehr interessant ist es, die

Versandziffern vor, während und nach dem Kriege nebeneinanderzustellen. Der Versand betrug: 1914: 3.545.000 Faß, 1915: 1.690.000 Faß, 1916: 2.487.000 Faß, 1917: 2.017.000 Faß, 1918: 1.240.000 Faß, 1919: 963.000 Faß, 1920: 1.225.000 Faß, 1921: 1.500.000 Faß, 1922: 2.216.000 Faß, 1923: 1.917.000 Faß, 1924: 2.060.000 Faß, 1925: 2.860.000 Faß, 1926: 2.741.000 Faß, 1927: 3.203.000 Faß. Im laufenden Jahre wird sich die Absatzziffer wahrscheinlich noch vergrößern.

Wiederaufbau des Handels mit den abgetretenen Gebieten

Deutschlands Handelsverkehr mit den auf Grund des Vertrages von Versailles abgetretenen Gebieten und dem vorläufig dem französischen Zollgebiet einverliebten Saarbecken hat auch in diesem Jahre erneut einen starken Aufschwung genommen. Der gesamte Handelsumsatz mit den Abtretnungs- und Abstimmungsgebieten zeigt im ersten Quartal 1928 eine Steigerung auf 270,5 Mill. Reichsmark gegen 213,3 Mill. im gleichen Zeitraum des Vorjahrs und nur 138,6 Mill. im ersten Vierteljahr 1926. Neben dieser Umsatzsteigerung ist als besonders günstig hervorzuheben, daß der Absatz deutscher Erzeugnisse in den Abtretnungsgebieten in diesem Jahre wesentlich stärker zugenommen hat als die Einfuhr aus diesen Gebieten, nämlich um über 40 Prozent gegen nur 18 Prozent. Im einzelnen zeigen die Handelsumsätze Deutschlands (Einfuhr und Ausfuhr zusammengerechnet) mit den Abtretnungsgebieten in den letzten drei Jahren folgendes Bild:

	Erstes Vierteljahr
In Mill. Rm.	1926 1927 1928
Elsaß-Lothringen	30,5 55,0 81,2
Saargebiet	40,7 64,9 77,2
Polnisch-Oberschlesien	21,6 36,1 38,5
Westpolen	17,2 28,1 35,9
Danzig	19,2 20,2 29,9
Memelland	7,6 9,0 7,8

Die gesamte Ausfuhr nach den abgetretenen Gebieten hat von 52,2 Mill. Reichsmark im ersten Quartal 1926 auf 83,3 Mill. 1927 und 117,6 Mill. in diesem Jahre zugenommen, die Einfuhr Deutschlands aus diesen Gebieten von 84,6 Mill. auf 130,0 und 152,9 Mill. Reichsmark.

Berliner Produkten-Börse

Amtliche Produktennotierungen. Berlin, 13. 6. 1928

Preis in Goldm.	Für Getreide u. Getreidew. p. 1000 kg, sonst p. 100 kg ab Berlin
Weizen, mähd.	267—289
" panzerisch	—
" mechaniz.	—
Roggen, mähd.	273—275
" panz.	—
" mechaniz.	—
" weizgr.	—
Grieß	245—275
Reismehl, mähd.	—
Getreidegerste, mähd.	—
Getreidegerste	—
Wintersorten	260—265
Hafer, mähd.	260—265
" schles.	—
" panz.	—
" weizgr.	—
Mais Loco Berlin	241—244
Mais Loco Hamb.	—
Weizenmehl fr. Berl.	32,00—36,00
Roggemehl fr. Berl.	36,00—38,75

Tendenz: Weizen: mähd. — Roggen, Gerste: ruhig — Hafer: steig. Mais: ruhig — Weizenmehl, Roggemehl: behauptet — Weizenkleie, Roggenkleie: still.

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte:
Weizen: Juli 274—273,80 — September 267,80—207 — Oktober 267,80—261,75.
Roggen: Juli 270—270,80—270 — September 261—251,80 — Oktober 251,80—251,75.
Hafer: Juli 266,80 — September — Oktober —.

Berlin, 13. Juni. (Eigener Bericht). Die weitere Vollständigung des kanadischen amtlichen Saatenstandsberichts brachte uns aus Amerika erneut flüssige Marktdepeschen und wieder eine kräftige Zurücksetzung der Cifforderungen, die aber hier bisher keine Geschäfte zu stande kommen ließen. Vom Inland fehlt es in Weizen nicht an Angebot, und zu merklich niedrigeren Preisen ist aus Mitteleuropa manches an Mühlen gehandelt worden. Im Zeithandel war für Juli die Haltung matt, während für Herbst die Rückgänge nur mäßig waren, wobei eine unerwartete Erholung Liverpools mitstudierte. Für Roggen ist das Angebot spärlich, aber noch geringer die Nachfrage, weil das Mehlgeschäft für Roggenmehl ebenso wie für Weizenmehl fortduernd und trotz neuer Ermäßigung der Forderungen schwierig bleibt. Auslandsware wird wenig begehr, trotz niedrigerer Forderungen. Auch Pojen fehlt für Roggen als Abnehmer und kauft auch Weizen nur vereinzelt. Gerste hat in Auslandsware regelmäßiges Cifgeschäft, meist nach Häfen, einzeln auch nach Berlin. Für Hafer ist die heisige Tendenz schwächer, aber die ermäßigten Gebote fanden keine Zusage. Mais in Donauware höher gehalten, sonst ruhig.

Der Abschluß der Continental Asphalt-A.-G., Hannover. Das Geschäftsjahr 1927 schließt mit einem Reingewinn von 0,105 (0,073) Mill. Rm., aus dem 4 Proz. (wie im Vorjahr) Dividende verteilt werden. Der Beschäftigungsgrad der verschiedenen Betriebe der Gesellschaft besserte sich im vergangenen Geschäftsjahr. Es war indessen nicht möglich, trotz der mengenmäßigen Erhöhung des Umsatzes eine entsprechende Steigerung des Gewinnes zu erzielen, da gestiegene Selbstkosten infolge Lohn erhöhungen und hoher Steuerlasten gedrückte Verkaufspreise gegenüberstehen. Die Gesellschaft erweiterte ihre Interessen am Straßenbaugeschäft. Aktiva: Guthaben 0,929 (0,574), Bestände 0,280 (0,234), dagegen Aktienkapital 1,410, unv. Akzente 0,024 (0,038), Schulden 0,400 (0,270) Mill. Rm. G-V, 16. Juni.

Neues Textilfinanzierungsinstitut in Berlin. Mit einem Aktienkapital von 1.500.000 Reichsmark wurde die "Textag" Textil-Finanzierungs-A.-G. von einer Reihe erster Firmen der Textilfabrikation und des Textilmittelhandels in Berlin gegründet. Zweck der Gesellschaft ist der An- und Verkauf von Textilprodukten im Wege der Absatzfinanzierung. Die Bankverbindung des Unternehmens ist der Deutsche Creditverein A.-G., Berlin. Der Aufsichtsrat besteht aus Rechtsanwalt Dr. Curt Salmon, Vorsitzender, Amtsgerichtspräsident a. D. Lieber, Direktor Wuerck (Deutscher Creditverein A.-G.).

Getreide und Vieh in Chicago		12. 6.	13. 6.
Weizen			
für Juli	130 1/2—131,25	137 1/4—137,50	
für September	141 1/2—141,00	139 1/2—139,00	
für Dezember	143 1/2—143 1/4	141,75—141 1/4	
Mais			
für Juli	104,—	100 1/4	
für September	102 1/2	99,50	
für Dezember	86 1/2	85 1/2	
Hafer			
für Juli	54,—	55,—	
für September	46,—	45 1/2	
für Dezember	47 1/2	47 1/2	
Roggen			
für Juli	124 1/2	122,50	
für September	119 1/2—120,00	118—118 1/4	
für Dezember	120 1/2	118,—	
Schmalz			
für Juli	11,67,50	11,65	
für September	12,02,50	12,—	
für Oktober	12,20	12,15	
für Dezember	—	12,20	
Rippen			
für Juli	12,15	12,15	
für September	12,35	12,45	
für Oktober	12,37,50	12,37,50	
Speck			
Leichte Schweine niedrigster Preis	8,75	8,60	
do. höchster Preis	10,10	10,10	
Schwere Schweine niedrigster Preis	9,35	9,25	
do. höchster Preis	10,20	10,10	

Dresdner Terminnotierungen vom 13. Juni. Ade 140,25 G., Braunkohle 210 G., Commerzbank 188 G. bis 190,5 G. Deutsche 167,8 G. Diskonto 165 G., Dresden 165 G., Sachsenische Bank 198 G., Bergmann 204—204,25 G., Wanderer 160 Br. bis 156 G. bis 225 bez. Polyphon 515 G.

Von Pfandbriefen wurden noch folgende einzelne Serien notiert: 4 Proz. Landw. Kreditbriefe Serie 20—28 8,9 Br., Serie 29—31 8,9 B.G., Ser. 35 8,25 bez.

Fortlaufende Notierungen. Polyphon 515 B.G. bis 520 B.G., Reichsbank 276,5 B.G.

Devisen-Kurse der Börse zu Berlin (in R.M.)

O 13. 6. 0	O 12. 6. 5
</tbl_info

Von Franz Stichhaltiges die Konferenz der Außen- Schuldenscha- hneinwuchs, ohne den Kreis. Dies gilt ganz hier nicht um n um Ver- der betreffe- hte der Staat.

Nummer 134

Sächsische Volkszeitung

15. Juni 1928

Kabinettsumbildung in Prag

Schramek-Svehlas Nachfolger?

G. L. Wien, 11. Juni.

Durch die Demission des Finanzministers Dr. Englisch scheint nunmehr die Frage der Neukonstruktion des tschechoslowakischen Kabinetts sprachlich zu werden. Genau genommen bestand eine Personentriebe seit Monaten durch die schwere Erkrankung des Ministerpräsidenten. Seine außerordentlichen Fähigkeiten in den gewöhnlich nicht leichten national-politischen und tschechisch-parteilichen Fragen stets das Vermittelnde voran; und das Trennende nach rückwärtigen Zeiten, haben den leidenden Ministerpräsidenten geradezu populär gemacht; nicht nur in seiner eigenen Agrarpartei und innerhalb der sozialen tschechischen Parteien, sondern auch bei der Opposition und bei den altösterreichischen Subsistenzparteien. Bei der Neugestaltung ist tschechoslowakischer Staatsprobleme bedeutet dies in mehrmehr viel; die Folge war, daß man mit der Auswahl eines Nachfolgers immer wieder wartete, in der Hoffnung, Dr. Svehla werde vielleicht doch wieder in die aktive Politik zurückkehren können, bzw. seinen Nachfolger namhaft machen. Das Offenhalten beider Möglichkeiten zeigt, welcher Autorität hat Dr. Svehla erfreut.

Das fortstehende Seelen des Ministerpräsidenten einerseits, Reibungen vor allem innerhalb tschechischer Regierungsparteien andererseits, lassen nun die Neukonstruktion kaum mehr aussichtslos erscheinen. Als erster zog der Finanzminister seine Konsequenzen, der als Kaufmann von großem Ansehen in das Kabinett berufen wurde, keiner Partei angehört, daher in erster Linie durch das Gewicht der Persönlichkeit Svehlas gestützt wurde. Dr. Englisch gehört zu jenen sparsamen Finanzministern, die rechtzeitig alles aufzubieten, um unnötige Ausgaben zu vermeiden. Derartig veranlagte Finanzminister sind meistens nicht beliebt, aber für die Staatsverwaltung äußerst nützlich, in Österreich sogar notwendig. Englisch vertrat in der letzten Zeit keine Spartenbesitz vor allem gegen die Voranschlüsse der übrigen Ministerien, denen er in einem Rundschreiben mitgeteilt hatte, daß er jede Überarbeitung des Budgets mit seiner Demission beantworten werde. Eine weitere Schwierigkeit ergab sich auf zudeutschlandes Gebiet, das durch die Herauslösung der englischen Nachzuerwerbe getroffen wurde und nunmehr eine staatliche Subventionierung verlangt, für die etwa 200 Millionen Kronen genannt wurden. Eine dritte Differenz ergab sich mit demstellvertretenden Ministerpräsidenten Dr. Schramek bei Verhandlung betreffs Novellierung der Sozialversicherung, wobei Englisch es ablehnte, staatliche Garantien für möglicherweise eintretende Ausfälle zu setzen, welche die nicht geringe Summe bis zu einer Milliarde Kronen kosten könnten. Unter obwaltenden Umständen gab Englisch seine Demission und lehnte besonders im Hinblick auf sein Verhältnis zu Schramek bisher ein zeitliches Kompromiß (Verlängerung) ab.

Monsignore Schramek kämpft als Führer der katholischen Volkspartei seit Wochen einen ziemlich ausdruckslosen Kampf, Nachfolger Svehlas zu werden. Schramek ist unzweifelhaft ein kluger politischer Kopf, aber er ist die Verkörperung eines unbegründeten Nationalismus und Zentralismus. Weder im deutschen noch im slowakischen Lager, noch auch innerhalb der tschechischen Parteien destilliert Schramek jene Sympathien, die ihn als Nachfolger Svehlas empfehlenswert machen. Jünger mehr tritt daher die Person des gegenwärtigen Verkehrsministers Uderas hervor, der zum persönlichen Freundeskreis Svehlas gehört und ein massiver, sowohl auf die Eigenschaften des Staatsganzen Rücksicht nehmender Mann ist. In guter Erinnerung steht übrigens sein Durchtreten in der Auseinandersetzung der ehemaligen Generalstabsoffiziere Gada, dessen Charakteristik in der Geschichte des neuen Staates wirklich nicht mehr schwant. Nun verlautet, daß Uderas sich zur Übernahme des Amtes bereit erklärt habe, trotzdem auch seine Gesundheit manches zu wünschen läßt. Trotz der Autorität Svehlas und der Rückzug auf seine Leiden stehen in nächster Zeit Fragen auf der Tagesordnung, die gelöst werden müssen, für welche jedoch der Einfluß desstellvertretenden Ministerpräsidenten Schramek gerade von Seiten des tschechischen Regierungslagers auf ein geringeres Maß zurückgeführt werden soll. Von diesen Fragen ist vor allem Sozialversicherung zu nennen, deren Gesetz aus dem Jahre 1924 durch eine Novelle ergänzt werden soll. Weiter die Verwaltungsreform, die am 1. Juli in Kraft treten sollte, ohne daß bisher die dazu nötigen Landtagswohlen stattfinden. Hier sind insbesondere die Slowaken Hlinkas stark interessiert, dessen Nowatistische Autorität seit seiner Reise-

ungstnahmen vielfach Abbruch erlitten, so daß Hlinka wenigstens mit diesem Bruchfolg der Opposition im eigenen Lager entgegensteht will. Schließlich wird es auch einiges zu ordnen geben; was die Feier des zehnjährigen Jubiläums der Republik am 28. Oktober betrifft, will man dieses tschechische Nationalfest nicht zu einem staatlichen Unfest ausspielen lassen.

Bleibt die Frage, wie die neue Regierung parteimäßig zusammengesetzt sein wird. Eine Auswaltung der Sudetendeutschen Parteien ist schwierig zu erwarten. Die Zusammenarbeit hat sich bewährt; für die Tschechen bedeutet sie einen staatlichen Prestige-Erfolg, für die Sudetendeutschen jedoch einen besseren modus vivendi, als eine mit realen Möglichkeiten nicht im Einklang stehende Vereinigung der Minderheit. Von den tschechischen Parteien scheint es zweitelles, daß die Sozialdemokratie, vor allem aber die tschechischen Nationalsozialisten, gern wieder auf die Regierungsbahn zurückfallen. Auch am Praghain würde die Umwandlung einer sehr lokalen Opposition in eine gewöhnlich nicht minder lokale Koalition begrüßt. Bei den Sozialdemokraten bestehen allerdings gewisse Bedenken bezüglich der Kommunisten, deren Ausdehnungsbestrebungen die Sozialdemokraten leichter als Opposition denn als Regierungspartei entgegenstehen zu können glauben.

Unter den nun sprudelnden kleinen Veränderungen bleibt ein Mann das stabile Element: der Außenminister Dr. Beneš. Beneš ist nicht unangefochten, aber wirklich

immer erschöpft. Er kennt sozusagen alle Welt persönlich, hat zweitelles eine wohl überlegte Linie, die er jedoch tatsächlich je nach Bedarf umzusetzen und zu verschleiern versteht. Ludic curacae (papieren Spiele) nannte ein Mussolini diese Art Dr. Benešs. Und ein englischer Staatsmann drückte sich einmal wie folgt aus: "Dr. Beneš ist ein kluger Schleier, aber wir haben keine ewigen Komplizen." Man geht nicht fehl, unter diesen beiden Voraussetzungen auch das Ergebnis des Berliner Besuches Dr. Beneš zu beurteilen. Stellte doch das offizielle tschechoslowakische Presbüro nach der Rückkehr des Außenministers nach Prag fest, daß an dem bekannten Standpunkt in Angelegenheiten wirtschaftlicher Zusammenarbeit mitteleuropäischer Staaten, gleich wie auch am Widerstand gegen jedwedee neue politische Bündnisse der Nachfolgestaaten und gegen den Anschluß, sowie überhaupt an der bisherigen Gesamtlinie der tschechoslowakischen Außenpolitik durch den Berliner Besuch des Ministers sich nichts geändert habe und daran auch in Zukunft irgend welche Machtelikationen nichts ändern werden können". Etwas schwer zu lesen, aber klar verständlich; in der Gegenwart ganz logisch, die Zukunft aber doch ein wenig allzu präjudiziert. Immerhin kommt Zeit, kommt Rat, so charakterisiert sich Dr. Beneš' Außenpolitik, deren festste Grundlage es bedeutet, sich den Verhältnissen anzupassen und auch anders zu können.

* Besserung im Befinden des tschechischen Ministerpräsidenten. Im letzten Bericht über den Zustand des erkrankten Ministerpräsidenten Svehla heißt es, daß eine erträgliche Besserung eingetreten sei. Der Kranken könne bereits wieder flüssige Nahrung zu sich nehmen.

Christliche Staatsidee — Demokratie

Die Erörterungen, die jetzt so zahlreich über die Wandlungen geslossen werden, die sich anscheinend im deutschen Parlament vorbereiten, lassen erkennen, daß man vielleicht — auch in Zentrumskreisen, noch ganz unklar über die grundlegenden Begriffe unserer politischen Auffassungen denkt. Vielleicht kommt das zum Teil auch daher, daß überhaupt der Sinn für das rein Politische immer mehr verloren geht und entweder durch einen übersteigerten Moralismus, der leicht in sentimentale Schwärze versinkt, oder durch ein kühn beruhendes, rein geschäftliches Interessentum immer mehr beeinträchtigt wird.

Wenn man die Aufgabe des Zentrums, die ihm innerhalb unserer Volksgemeinschaft zugeschlagen ist, ganz kurz charakterisieren will, muß man dreiertei herheben: Die Partei hat zunächst die Grundbegriffe des Politischen vom Christlichen her gegenüber den anderen Parteien zu klären. Sie hat sodann die Wirklichkeit, sich dauernd zu bemühen, daß das ganze gegenwärtige Staatsleben immer mehr nach den so gefundenen Gesichtspunkten gestaltet werde; und sie hat endlich — das ist praktisch die Hauptaufgabe —, alles daran zu legen, um angesichts einer ganz diesseitig eingestellten, grundsätzlich hin- und herfluktuierenden Gesellschaft stabile Regierung und Autoritätsverhältnisse wieder herzustellen. Aufgabe der Zentrumpartei ist es also zu erkennen, zu gestalten und das Volk zum Bewußtsein wirklicher politischer Notwendigkeiten zu erziehen.

Von der christlichen Weltanschauung her läßt sich ohne Mühe und ohne jeden Zwang eine eindeutige Stellungnahme zur demokratischen Idee finden, die doch den Inhalt unserer republikanischen Staatsform bildet und bilden soll. Der Christ sieht, anders als Liberale und Sozialisten, den Menschen als ein Wesen an, das von Natur nicht unbedingt gut ist, dem erheblichen Schwächen anhaften und das der dauernden Korrektur bedarf. Aus dieser Auffassung ergibt sich, daß der Christ die Bildung gleichmäßiger und gleichstrebiger Massen zum Zwecke der Herrschaft, also etwa eine Diktatur des Proletariats, praktisch nicht für möglich und deshalb auch nicht für erreichenswert hält. Die christliche Auffassung von der Demokratie sieht feste, bindende Autoritätsverhältnisse voraus. Sie erkennt auf einer Seite die Freiheit und die Pflicht des Einzelnen zur Verantwortung und Entscheidung unbedingt an, aber sie sieht auf der anderen Seite auch sehr ein-

deutig und klar die Grenzen, die die Freiheit des Einzelnen am Gewissen und an den Notwendigkeiten der Gemeinschaft, in die er eingeordnet ist, findet. Die christliche Demokratie unterscheidet scharf zwischen Rechten und Pflichten innerhalb des Volksganzen. Sie hält, im Interesse der Gerechtigkeit, die Schaffung von klar abgegrenzten Zuständigkeiten für nothwendig und sie verlangt, daß sich an diese Ordnung auch die Politiker halten, die an eine individuelle Sendung glauben. Die christlich-demokratische Staatsidee wendet sich ebenfalls energisch gegen das Vorhandensein unkontrollierbarer, unverantwortlicher, anonymer Herrschaftstreiberungen, die vielfach mit den unpolitischen Rüchten der Bürokratie, der Plutokratie, des Wirtschaftsinteressentums und der geheimbündlerischen Eliten identisch sind.

Die christliche Demokratie will also, daß der einzelne Staatsbürger die im Naturrecht wurzelnden Autoritätsverhältnisse achtet, daß er dem Staat und der staatlichen Obrigkeit Erfurcht und Gehorsam entgegenbringt. Sie will aber auch, daß die Obrigkeit oder vielmehr die Persönlichkeit, die die staatliche Autorität führt, verhältnis, sich persönlich verantwortlich fühlen und nicht die Verantwortung auf schwer greifbare und nicht zuständige Gruppen abwälzen.

Unsere Auffassung von Demokratie verlangt die Freiheit des Christenmenschen, die nicht absolut und hemmungslos ist, sondern ihre Grenze an den Forderungen des Gemeinwohls findet. Wir schenken dabei jede Tyrannie und jeden Absolutismus der Herrschenden ab. Uns schwert, nicht nur als Idealzustand, sondern als praktisch zu erreichendes Ziel ein staatliches Gebäude vor, in dem die Rechte und Pflichten der Regierenden sowohl, wie der Regierten, nach den Grundsätzen der Vernunft und den Anforderungen des christlichen Gewissens verteilt sind.

Die Erreichung dieses Ziels setzt ein in christlichen Auffassungen wurzelndes Volk voraus. Nur die christliche Auffassung verbürgt die rechte, jeden Egoismus ausschließende Stellungnahme zum Staat und seinen Aufgaben. Nur ein christliches Volk ist in der Lage und gewillt, undisziplinierte Gedankenläufe und ungeordnete Bestrebungen zu zügeln. Daß unser Volk diese Staatsidee voraussetzt, ist eine wesentliche Voraussetzung des Fortbestandes unserer heutigen Staatsform; sie zu wecken und zu pflegen, ist einer der wichtigen Gründe für die Notwendigkeit der Zentrumpartei.

Die Paramenten-Ausstellung im Kunstmuseum Dresden

Von P. Halm, Dresden

Am 18. Mai wurde in den Räumen des Staatlichen Kunstmuseum in Dresden eine Paramenten-Ausstellung, verbunden mit Sonderausstellungen von Prof. E. Jasholla-München, Ruth Schaumann-München, Prof. Heinrich Meissner-Dresden und Prof. Arthur Windfuhr-Dresden eröffnet, um deren Zustandekommen sich vor allem Herr Direktor Dr. Balzer, Herr Wehrkreisarbeiter Kleße und Herr Architekt Robert B. Witte verdient gemacht haben. Noch vor kurzem eine Ausstellung des evangelischen "Kunstdienstes" mit den Gemälde evangelischer Kreise um eine neue religiöse Kunst bekannt gemacht hatten, soll hier auf die ernsthafte Versuchung hingewiesen werden, die vielen künstlerischen Aufgaben, die aus der großen Liturgie der katholischen Kirche stets von neuem erwachsen, aus dem Geiste unserer Generation zu lösen. Den einleitenden Worten von Dr. Balzer und Wehrkreisarbeiter Kleße zufolge, ist die vom Diözesanmuseum der Tagung für christliche Kunst veranstaltete Ausstellung die erste ihrer Art in Dresden; das gibt ihr eine besondere Bedeutung. Und da außerdem neben den schon seit langerem vertrauten Namen eine ganze Reihe neuer Kräfte kommen und aus Dresden selbst, zum ersten Male vor ein breiteres Publikum tritt, verdient die Ausstellung eine etwas eingehendere Würdigung und den Dank aller, denen am Gezeiten der zeitgenössischen religiösen Kunst gelegen ist.

Den Kern der Ausstellung bildet die kirchliche Textilkunst in all ihren Anwendungsformen, wobei, wie es in der Natur der Sache liegt, die Hauptauflerkunst den Mehrwert zugewandt ist. Die frühesten unter den Kästeln sind jene von Beuron und Maria-Bach. Sie zeichnen zusammen mit den ebenfalls schon etwas traditionell anmutenden Stoffen von Elisabeth Neischle-Tübingen den ungefähren Standpunkt, von dem die leichte Entwicklung ausgegangen hatte. In ihrer augenblicklichen Umgebung wirken sie garnicht mehr "modern"

im eigentlichen Sinne, und doch sind sie ein sehr berechtigter Hinweis darauf, daß die gesamte kirchliche Kunst der Gegenwart dem Erwachen eines neuen Sinnes für die Liturgie gerade in den großen Kästern des hl. Benedikt wesentlichste Anregungen verdankt.

Die Mehrzahl der ausgestellten neueren Paramente und Geräte kommt aus vier großen Arbeitsstücken; es sind Arbeiten des Instituts für kirchliche Kunst in Köln, der Klasse Jasholla der Staatlichen Kunstgewerbeschule in München, der Östlichen Werkstätten in Meißen und der Staatlichen Akademie für Kunste in Dresden.

Unter den Erzeugnissen des Kölner Instituts weist eine grüne Kästel mit der dazugehörigen Dolmata nach den engsten Zusammenhang mit der überkommenen Paramenten auf. Das Kirchliche ist mit einer fast an das Nazarenerum des 19. Jahrhunderts erinnernden Ideallität behaftet, wobei die gleichmäßige Aussteilung der Figuren ihrer harmonischen Erscheinung entspricht. In homogenem Wertem, Gegenseitig dazu steht ein dunkelviolettes Metzowand mit reicher Stickerie, die Geburt Christi und die Kreuzigung darstellend. Gedrängte Kompositionen in schief umrissten Flächen und kräftigen, ungebrochenen Farben von starker künstlerischer Wirkung. Nur eines kann dabei nicht restlos überzeugen: die unregelmäßige Zusammenfügung des Grundstückes aus vielen kleinen Flecken in verschiedener Abwandlung der Grundfarbe, eine Manier, die das Kölner Institut mehrfach anwendet. Von hohem Geschmack zeigen eine weiße Kästel desselben Arbeitsstücks mit den vier Evangelistenköpfen in den schmalen, leicht gebogenen Kreuzstreifen und ein Zierstreifen für ein schwarzes Metzowand aus schwarzen, grauen und goldenen Perlen. Über eine leichte orangefarbene Glockenkästel ist ein endgültiges Urteil noch nicht zu fällen, da sie unvollendet ist. Der figürliche Schmuck in starker Goldstickerei zeigt starke Anklänge an mittelalterliche Kölnische Kunst. Einen nachdrücklichen Hinweis verdienen die vom Kölner Institut hergestellten Prokate. Für die verschiedenen kirchlichen Zwecke verwendbar, bieten sie die Möglichkeit zu viel weiter reichender Wirkung, als sie den bedeutendsten Einzelentwürfen im allgemeinen beschrieben sein dürfte.

Auch unter den Arbeiten von E. Jasholla befinden sich einige Meisterwerke. Eine weiße Kästel mit seiner ornamentieller Gold- und Silberschmiede auf dem Grundstück hat sichlich die Anteckung zu zwei Schülerarbeiten gegeben, von denen vor

allem die eine in Weiß, Silber und Albgold viel Geschmack und Sinn für vornehm zurückhaltende Pracht verleiht. Nur eines wäre zu bedenken: ob es nicht funigmäher ist, die Streifen des Grundstoffs senkrecht statt diagonal verlaufen zu lassen. Eine reiche Kästel mit einer Darstellung der Wurzel Jesu (Entwurf und Ausführung E. Jasholla) gibt zu ähnlichen Erwägungen Anlaß, wie das im Franziskanerinnen-Kloster St. Elisabeth in Trier mit Sorgfalt ausgeführte Antependium, das in großen Figuren den Kreuzigung zwischen Maria, Johannes und den vier Evangelisten zeigt. Zweitelles eignet diesen Gestalten eine gewisse Monumentalität. Allein diese Monumentalität erscheint so stark beeindruckt von hochmittelalterlicher Kunst des 12. und 13. Jahrhunderts. Das Historische spricht härter als das Empfinden der eigenen Zeit. Dieser Antependium ist dann offensichtlich in den forsch ungemäßen geschmackvollen Nachminituren derselben Künstlerin. Hier scheiden sich deutlich zwei Gruppen: eine, die bis in die ikonographischen Tropen hinein an die Tradition mittelalterlicher Buchmalerei anknüpft (z. B. die Kreuzigung mit den Personifikationen von Meer und Erde, Sonne und Mond; Amtelung der Könige: Daniels Traumdeutung), und eine, die mit ihrem ganz anders gearteten Stimmungsgehalt und ihrer naiven Normenprade mehr an die Volkskunst erinnert (Madachstöbber: Maria in der Glorie; Weihnacht usw.). Was sein, daß die Verschiedenheit der Ausdrucksweise im Hinblick auf eine verschiedene Ausdrucksform beobachtigt ist (vgl. etwa das Verhältnis von Liturgie und Volkskunst). Aber unabhängig davon bleibt die zweite Gruppe — zu der unter den großen Textilien eine von der Tuchstummensmutter Dillingen ausgeführte Prozessionsfahne gehör — kirchlich um einen wesentlichen Grad erster und unmittelbarer. Darin liegt wohl auch der besondere Wert der vielen ausgezeichneten von E. Jasholla entworfenen Stoffen. Auf diesem ihrem ehesten Gebiet findet sie, wie es scheint, mit der beständigen Sicherheit die ihrer Zeit und ihrer künstlerischen Individualität entsprechende Form. Viele ihrer Entwürfe sind, z. T. maschinell, von W. Gurmänn-Schneiders ausgeführt.

Unter den Erzeugnissen der Ostdeutschen Werkstätten in Meißen (Zeitung Prof. Zutt) muß manches als Verlust gelten. Vorliebe für Asymmetrie der Flächenteilungen, Verbindung großer Farben und unterschiedlicher Materialien (z. B. Wolle und Seide) verleihen ihnen eine eigene Note. Vorläufig dürfte

Meisten
aufsucher zu
sein, diesel-
se zum ge-
haben kei-
n. von den
direktoren.

ausinhaber
standen, sich
Sektions-
ne haben sie gute
er Zeit von
er auslaufen
Wahl und
e mehrmals
wegen Va-
klinik. Am
Triesches
rauch über-
Gehemrat
holt halten
Kunst und

guung

14. Juni.
sächsischen
Vorberichtungen
Fragen der
dem Frau
Grundlagen
Wohlfahrtspolitik
zu ein-
der Wohl-
sozialen Ge-
o. Ministe-
rung. Be-
im Vortrage
hatte das
hatte Re-
n und er-
in der Aus-
selner fort-
a. Geiß ge-
lich betätig.
aus der
Schluss der
aus als dos-
Begleitung fes-
tern gestern
dem Ophthal-

erei

14. Juni.
langen und
ell-Splittner
zu, das mit
sche Neuer,
gebäude bis
dienst anhe-
Opfer. Den
am 15 bis 20
elang es in
räumen und
Ob der Ver-
al zur Zeit
I durch Ver-

das Gemein-
nspfleger des
nterschlags-
verlust. Die
eben freige-

Der Auflösungsantrag im Landtag

Dresden, 14. Juni.

In der heute mittag beginnenden Landtagssitzung steht an erster Stelle der Auflösungsantrag der Kommunisten gegen die Regierung auf der Tagesordnung. Die Begründung des Antrages, sowie die Stellungnahme der Sozialisten wird erwartungsgemäß gewisse Zeit in Anspruch nehmen, so dass die Abstimmung erst in den späteren Nachmittagsstunden zu erwarten ist. Den bisherigen Erfahrungen gemäß werden sich wohl auch diesmal die Koalitionsparteien auf die Abgabe einer kurzen gemeinsamen Erklärung beschränken.

Die These, dass die Vorgänge in der A.S.P. schon heute auf die Haltung der vier Altkonservativen zu dem Auflösungsantrag von Einfluss sein könnten, hat keinerlei Wahrscheinlichkeit für sich. Alle Gerichte, die von einer erfolgten oder bevorstehenden Rückkehr möglicher Politiker der A.S.P. in die sozialdemokratische Partei mit dem Ziele der Bildung einer großen Koalition wissen wollen, entbehren jeder Grundlage. Kreishauptmann Buch ermächtigte ein Redaktionenmitglied des Telionen-Sachverständiges zu der Erklärung, dass er persönlich noch nie daran gedacht habe und auch heute noch nicht daran denkt, seinen Parteifreunden unterzuwerfen oder gar zu einer Partei zurückzukehren, die ihn in schwerster Weise verhöhnt und beläumt habe. Dasselbe geht seiner Überzeugung und seines Wissens nach auch vom Ministerpräsidenten Heldt. Die Auseinandersetzung mit Reichsabteilung habe sich in brandenburgischer Form vollzogen. Reichsabteilung sei darauf aufmerksam gemacht worden, dass ein großer Teil der altkonservativen Parteimitglieder mit Reichsabteilung politische Einstellung und seinem Konspirieren mit den Wehrverbänden nicht einverstanden sein können. Reichsabteilung habe aus dieser Erklärung seine Konsequenzen gezogen. Die Altkonservativen, so versicherte Kreishauptmann Buch, stehen noch wie vor auf dem Ziel der Gründung der Partei vertretenen Standpunkte, doch ihnen unterliegt Volk und Vaterland näher liegen müsse als das Ausland und darf das bittere Unrecht des Vergessenen Nichts, das das deutsche Volk und besonders den deutschen Arbeiter auf das ihmrechte bedrückt, unbedingt bald aus der Welt geschafft werden müssen.

Chemnitz, Zwickau, Plauen

Ein außehenerregender Antrag im Landtag

Dresden, 14. Juni.

Am Oktober 1911 beschäftigte sich das Schwergericht Chemnitz mit einer Anklage wegen Mordes und Versicherungsbetruges. Eine Witwe Voigt war beschuldigt worden, ihr eigenes Kind verdeckt zu haben, um die Versicherungssumme in die Hände zu bekommen. Die Weisheitsväter sprachen die Witwe schuldig, sie wurde daraufhin zum Tode verurteilt. Im Januar 1912 beschäftigte sich das Strafgericht des Reichsgerichts mit der Revision. Das eingeführte Rechtsmittel wurde verworfen. Das Gesamtministerium hat die Verurteilte später begnadigt. Nach Verbüßung einer Reihe Jahre standhaft wurde die Witwe Voigt entlassen. In der Umgebung Dresden littete sie ihr Leben als Vermieteterin. Durch Reichskanzler Dr. Goerdts-Chemnitz hat sie seit Jahren die Wiederaufnahme des Verfahrens betrieben. Wird dem Verteiligen dann nicht einer der Ankläger und auch interessierten Giftnordwörter bevor? An dieser Anlegung hat soeben der Prüfungsausschuss des Sächsischen Landtages beschlossen, der Verteilung möge befehlen, dass die Staatsanwaltschaft angemessen wird, im Falle der Wiederaufnahme des Verfahrens kein Rechtsmittel zu gunsten der Beschuldigten einzulegen.

3. Neue Verhandlungen in der Textilindustrie. Die am Dienstag zwischen Vertretern des Arbeitgeberverbandes für die sächsische Textilindustrie und der Gewerkschaften geführten Verhandlungen über ein neues Arbeitszeitabkommen sind ohne Ergebnis abgebrochen worden. Es soll nunmehr, wie die Blätter melden, ein Schiedsgericht herbeigeführt werden.

4. Die Geschlechtskrankheiten und ihre Bekämpfung. Das Deutsche Hygiene-Museum in Dresden und der Rat der Stadt Chemnitz, Jugend- und Wohlfahrtsamt, veranstalten in Gemeinschaft mit der Ortsgruppe Chemnitz der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten in der Zeit vom 21. Juni bis 15. Juli im hiesigen städtischen Museum eine Ausstellung „Die Geschlechtskrankheiten und ihre Bekämpfung“.

5. Frömmigkeit-Statistik? Dr. Friedrich Fuchs, der diese Frage im Juni-Hest des Hochland (Kösl, Kempten) stellt, äußert darüber folgende drachenhafte Gedanken: „Frömmigkeit in Ziffern? Sie liegt heute nicht mehr fern, diese Wortverbindung. In periodischen Schriften blätternd — wohlverstanden nicht amerikanisch —, begegne ich ihr nicht selten. Da sind nationale Aufrechnungen über den Peterspfennig; gewiss, hier ist Statistik eine mögliche Methode. Immerhin, Geld läuft sich zählen, wenn auch das Scherstein der Witwe aus der Gesamtkasse sich nicht ausziehen lässt. Auch karitative Aufwendungen lassen sich registrieren (und doch — sie sollten sich nicht öffentlich registrieren lassen). Auch die Verbreitung religiöser Traktate kann ohne Zweifel ziffernmäßig festgestellt werden, doch ihre Wirkung? Ich lese da: „In Europa werden seit Ostern nach Angaben des Stationsvorstandes über 800 000 Ziffern gelesen.“ Ziffern lassen sich zählen, das ist ein einwandfreies Verfahren; sicher kommt auf jede Ziffernrate eine Person, in der ökonomischen Ordnung (und für sie stimmt die Statistik) ein Heiligstum, aber wer schlägt die gleichmäßigen Herzen und die erschütterten auseinander, welche von der Gesamtzahl des Vollettmaktes in gleicher Weise repräsentiert?“ d. h. nicht, nie und nimmer repräsentiert?

Ich finde da vergleichende Statistiken über den Kirchenbesuch verschiedener Religionsgemeinschaften. Warum nicht? Sie können, soweit man sich auf einen Stichpunkt verlassen kann, ziemlich exakt sein. Aber wer nennt mir das statistische Prinzip, das diese Gesamtziffern von Tempelsuchern in ihre beiden Komponenten: Jüdene und Christen, zerlegt? Oft fehren Statistiken über Konfessionswechsel wieder, aber selbst wenn sie doppelseitig sind, was sie selten sind, so bergen ihre Endsummen Newmans (soweit es heutzutage gäbe) so gut wie Leute, die in eine Religionsgemeinschaft hineingehetzen haben. Ich lese von einer eucharistischen Prozession in Bologna, charakterisiert durch folgende Ziffern: 5 Kardinäle, etwa 50 Bischöfe, mehrere tausend Geistliche, 100 000 Personen, darunter 20 000 Kinder. Da aber die Angabe „mehrere tausend Geistliche“ wohl zu ungenau ist, fällt sich der Bericht noch exakter: 1 Kilometer Welt- und Ordenskalus. Aber das sind ja alles nur Menschen, und schließlich lassen sich auch Menschen wie Geld

Religionsunterricht und Landeslehrplan

Dresden, den 13. Juni.

Die „Sächsische Staatszeitung“ veröffentlicht heute einen Aufsatz, der sich mit dem Thema „Religionsunterricht und Landeslehrplan“ beschäftigt. Der Aufsatz bringt offenbar die Auffassung der amtlichen Regierungsstellen zum Ausdruck. Wir geben ihn daher nachstehend im Wortlaut wieder:

Rach § 18 Abs. 2 Satz 6 des Gesetzes vom 22. Juli 1919 besteht eine kirchliche Beaufsichtigung des Religionsunterrichtes nicht mehr. Die mit Gesetzesform erlassene Verordnung vom 2. Dezember 1918 hat den Religionsunterricht auf allen Klosterschulen auf zwei Wochenstunden beschränkt. In diesen Stunden kann nur noch Biblische Geschichte bzw. Bibelerklärung, Kirchengeschichte, Bibelinterpretation getrieben werden. Der Klosterschulunterricht ist weggesetzt. Die dadurch freigewordenen Stunden sind seitdem auf anderen Unterricht zu verwenden gewesen.

An diesem Zustande kann angeblich nichts geändert werden, weil Artikel 174 der Reichsverfassung dem entgegensteht.

Well die in diesem Artikel erwähnten Reichsbestimmungen über den Religionsunterricht, seine Lehre, seinen Plan, seine Vermittlung, seine Ausübung, das ganze Verhältnis des Staates zur Kirche in Meierfrage leider immer noch fehlen, dürfte, wie es vorher schon in Ausführungsbestimmungen des Landes mit dem Reich ausgeführt wurde, das Ministerium für Volksbildung in dem eben verabschiedeten Landeslehrplan den geltenden Bestimmungen gemäß an der Sinnentwicklung des Religionsunterrichts nichts anderes und weiter für den evangelisch-lutherischen noch für den katholischen Religionsunterricht einen neuen Lehrplan aufstellen.

Endlich den Inhalt der den nach der Verordnung vom 2. Dezember 1918 zulässigen zwei Religionsstunden entsprechenden Sachgebiete hat es aus den Religionslehrplänen von 1876 unter Berücksichtigung der Kürzung um eine Stunde wöchentlich im dritten und vierten Schuljahr in den neuen Landeslehrplan übernommen. Diesen zur Zeit noch geltenden Lehrplanabschnitten, denen weiter vor 1918 von Kirche und Eltern, noch bei Gelegenheit der Aussprache zum Entwurf eines Landeslehrplans von den Interessenten widergesprochen wurde, soll unzweideutig Gestalt verschaffen und eine sichere Grundlage für etwaige kirchlich-katholische Unterweisung gegeben werden.

Diese Maßnahme total deutlich das Kennzeichen einer Übergangs vorstellt und ist von dem ethischen Streben dictiert, Bestimmtheit und Sicherheit auch für das Lehr- und Nebengebiet

der Religion zu schaffen und den Freuden möglichst innerhalb der Schule zuwohnen, solange der Kampf um die religiöse Unterweisung außerhalb der Schulmauern leider noch währen wird.

Bekannt war dem Ministerium für Volksbildung gar wohl der Widerspruch, der sich insbesondere auf Stundenfüllung und Streichung gewisser Gebiete des Religionsunterrichts bezieht. Einmal fehlt aber die Grundlage, auf der mit den Vertretern der Kirche hätte verhandelt werden können oder müssen, und zum anderen kann die obere Schulbehörde von sich allein und ohne Anspruchnahme des für die Landeslehrgebung zuständigen Zielen noch ohne Verleihung des Artikels 174 der Reichsverfassung dichten Aufschub nicht bestreiten. Wenn die Verhältnisse deshalb als eine Rechtsverleihung dargestellt und empfohlen wird, so kann doch am allerwenigsten von kirchlichen Kreisen verlangt werden, dem eine offene Verleihung der Bestimmungen der Reichsverfassung entgegenzustehen.

Bei dieser Endlage muss angenommen werden, dass die durch die Presse gehende Notiz über ein Rundschreiben des Ordinariats des Bisikums Meißen an die Pfarr- und Seelsorgeämter über den Lehrplan für den katholischen Unterricht in den Volksschulen sich lediglich auf etwaige lateinische Unterweisungen der Kirche an Volksschüler ansetzt, während der Lehrplan für den katholischen Religionsunterricht, also nicht auf die nach den gelgenden Bestimmungen zu erstellenden zwei Religionsstunden des Wochenstundenplans bezieht.

Um zu verhindern, dass das Rundschreiben auch auf den planmäßigen Religionsunterricht der Volksschulen bezogen wird, wird das Ministerium für Volksbildung die einzelnen Lehrer, einschließlich etwa eingesetzter Gesetzsträger, Lehrerversammlungen, Schulleitungen, Bezirksschulräte und Bezirksschulbeamte für den Religionsunterricht, bei ihrer Genehmigung, bei der Erteilung dieses weitständigen Religionsunterrichts sich lediglich an die Bestimmungen des von der obersten Schulbehörde veröffentlichten Landeslehrplans zu halten.

Wir geben heute diese Auslassungen der Staatszeitung wieder, ohne nochmals im einzelnen dazu Stellung zu nehmen. Betonen möchten wir nur das eine, daß die Vorschüttung des Sperrartikels 174 der Reichsverfassung in vielen Punkten sehr stark daneben trifft und daß man mit diesem Artikel 174 durchaus nicht alle Eigenarten und Ungänglichkeiten der sächsischen Schulgesetzgebung verteidigen kann.

Katholische Kundgebung in England

Am letzten Samstag nahmen an der in Preston von den katholischen Gilden angeführten großen Prozession über 10 000 Personen teil. Am gleichen Tage zogen in Glasgow anlässlich der traditionellen Jahresparade der St. Winzentag über 10 000 katholische Kinder durch die Straßen der Stadt. Die glänzende katholische Kundgebung, von der die großen englischen Blätter ausführlich berichtet haben, war am vergangenen Sonntag in Manchester. Über 25 000 Personen aus 22 Kirchen, Manchekers und Salfords zogen in Prozession durch die für jeden Bereich gesperrten Hauptstraßen der Stadt. Auf dem weiten Platz vor dem Rathaus fand ein eindrucksvoller Gottesdienst statt. Infolge der drückenden Hitze wurden 426 Personen aus der ungeheuren Menschenmenge, die sich zu beiden Seiten der Straßen aufgestellt hatten, ohnmächtig. In Swansea (Wales) fanden die Vertreter der kath. Jungmännergesellschaft zu ihrer Jahrestagung zusammen. U. a. wurde ein Vortrag über die Ketten gehalten. Man müsse, so wurde ausgeschlossen, von den Zeitungen verlangen, dass sie in ihrem Tone christlich seien, ohne deshalb das Mittel zu werden, durch welches die christliche Lehre gelehrt oder das Dogma erklärt werde. Dass die gut ausgebildete katholische Presse nicht vorankomme und nicht die ihr gebührende Verbreitung hätte, sei allein der Teilnahmslosigkeit anzuschreiben. Daher macht es sich der männliche Verband zur bevorstehenden Aussage, die katholische Presse zu verbreiten und durch sie die seiten groben englischen Sonnablickblätter zu verdriicken.

Wetterbericht der Dresdner Wetterwarte

Witterungsaussichten. Wechseld bewölkt, zeitweise zur Unbeständigkeit neigend. Temperatur etwas vermindert, schwache bis mögliche Winde aus südlichen bis westlichen Richtungen.

wo sie etwas auslegen: in den Grenzen des Debonmilchen. Wenn wir die auf die Zahl aufgebauten materialistischen Märkte bekämpfen, wollen wir doch nicht dem Numen Nutzen ausgerechnet im eigenen Heiligtum einen Altar setzen. Zahlen sollten unter Selbstvertrauen — wenn es sich nur um Selbstvertrauen handelt —, das Vertrauen in unseren Christenglauben stärken? Es ist jetzt, daran zu erinnern, das quantitative Denken in der religiösen Sphäre keinen Platz hat.“

Alfonso Goldschmidt. Deutschland heute. Ernst Rohm-Verlag, Berlin, 1928 (Preis geh. 3 Mk.). — Goldschmidt, der weitgereiste Kenner des Volks- und Wirtschaftslebens, Kritiker kapitalistischer Arbeitsmethoden aus sozialer Kenntnis, Freund Sozialrechtslands, schilderte das Deutschland von heute, wie er es mit seinen Augen bei der Rückkehr nach langjähriger Abwesenheit wiedersieht. Es ist kein freudloses Bild, das sich uns da entwirkt: „Deutschland hat keine Farbe“. Berlin und die Provinz, die Sprache und das Gesicht, die Produktion und das Proletariat weisen mehr negative als positive Züge auf. So meint Goldschmidt, und er begründet seine Meinung in immer fesselnder Weise, in sprühender, oft allzu eigenwilliger Sprache. Wer Goldschmidts Grundeinstellung kennt, wird diese übergroße Schärfe der Kritik selbstverständlich finden und nach dem vernünftigen Maß berechtigten Tadel suchen, das hier in sachkundiger Rücksicht und sehr reizvoller Form geboten wird. Ein Buch, das Zulämmung und Widerspruch in gleicher Weise reizen und jedem Erkenntnis vermitteln wird.

George Duhamel. Briefe nach Patagonien, Rosenthal-Verlag, Zürich. Preis geh. 3 Mark. — Diese Briefe könnten ebenso gut nach dem Nordpol oder sonstwohin gerichtet sein. Duhamel nimmt die gute Tradition der französischen Literatur auf, in Briefen nach einem entfernten Lande Artikl an der Heimat zu üben. Seine Bemerkungen über Volksredner und ihre Zuhörer, über das Theater, die Gelehrtenarbeit, die Bücherschließerei und die Krankheiten der Menschen sind lebenswahr, eindrücklich und entzündend humorvoll. Wer es lernen will, über Unvollkommenheiten dieser Welt in verständlicher Weise zu lächeln, lasse diese geistvollen Essays, die Magde Nahm sehr vollkommen ins Deutsche übersetzen hat.

Frömmigkeits-Statistik?

Dr. Friedrich Fuchs, der diese Frage im Juni-Hest des Hochland (Kösl, Kempten) stellt, äußert darüber folgende drachenhafte Gedanken:

„Frömmigkeit in Ziffern? Sie liegt heute nicht mehr fern, diese Wortverbindung. In periodischen Schriften blätternd — wohlverstanden nicht amerikanisch —, begegne ich ihr nicht selten. Da sind nationale Aufrechnungen über den Peterspfennig; gewiss, hier ist Statistik eine mögliche Methode. Immerhin, Geld läuft sich zählen, wenn auch das Scherstein der Witwe aus der Gesamtkasse sich nicht ausziehen lässt. Auch karitative Aufwendungen lassen sich registrieren (und doch — sie sollten sich nicht öffentlich registrieren lassen). Auch die Verbreitung religiöser Traktate kann ohne Zweifel ziffernmäßig festgestellt werden, doch ihre Wirkung? Ich lese da: „In Europa werden seit Ostern nach Angaben des Stationsvorstandes über 800 000 Ziffern gelesen.“ Ziffern lassen sich zählen, das ist ein einwandfreies Verfahren; sicher kommt auf jede Ziffernrate eine Person, in der ökonomischen Ordnung (und für sie stimmt die Statistik) ein Heiligstum, aber wer schlägt die gleichmäßigen Herzen und die erschütterten auseinander, welche von der Gesamtzahl des Vollettmaktes in gleicher Weise repräsentiert?“ d. h. nicht, nie und nimmer repräsentiert?

Ich finde da vergleichende Statistiken über den Kirchenbesuch verschiedener Religionsgemeinschaften. Warum nicht? Sie können, soweit man sich auf einen Stichpunkt verlassen kann, ziemlich exakt sein. Aber wer nennt mir das statistische Prinzip, das diese Gesamtziffern von Tempelsuchern in ihre beiden Komponenten: Jüdene und Christen, zerlegt? Oft fehren Statistiken über Konfessionswechsel wieder, aber selbst wenn sie doppelseitig sind, was sie selten sind, so bergen ihre Endsummen Newmans (soweit es heutzutage gäbe) so gut wie Leute, die in eine Religionsgemeinschaft hineingehetzen haben. Ich lese von einer eucharistischen Prozession in Bologna, charakterisiert durch folgende Ziffern: 5 Kardinäle, etwa 50 Bischöfe, mehrere tausend Geistliche, 100 000 Personen, darunter 20 000 Kinder. Da aber die Angabe „mehrere tausend Geistliche“ wohl zu ungenau ist, fällt sich der Bericht noch exakter: 1 Kilometer Welt- und Ordenskalus. Aber das sind ja alles nur Menschen, und schließlich lassen sich auch Menschen wie Geld

